

Im Kontext der Vereinigung beider deutschen Staaten im Jahre 1990 wurde die These von einer „Verteilungskrise“ im Sinne eines wachsenden West-Ost-Gefälles entwickelt.¹ Für die Bestätigung bzw. Ablehnung einer derartigen Vermutung sind insbesondere intersubjektiv überprüfbare Indikatoren heranzuziehen, mit deren Hilfe die materielle Lage der Betroffenen beurteilt werden kann. Nicht zuletzt aus diesem Grunde wird in der Expertise ein Teilaspekt individuellen Wohlergehens in Form der Geldvermögensbestände bzw. ihrer Verteilung in Ostdeutschland - stets vor dem Hintergrund westdeutscher Standards - eingehend analysiert. Letzteres erscheint auch insofern sinnvoll, als sich das Gesamtvermögen der privaten Haushalte in Ostdeutschland² analog zu den alten Bundesländern zu einem nicht unerheblichen Teil aus Geldvermögensbeständen zusammensetzt. Des Weiteren spielt der Besitz von Geldvermögen auch in Bezug auf die individuelle Einkommenserzielung eine bedeutende Rolle. Zins- bzw. Dividendeneinkünfte haben einen nennenswerten Anteil am verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte inne.³ Die genannten Gründe sprechen für eine umfassende Analyse der privaten Haltung, Bildung und Verteilung des ostdeutschen Geldvermögens.

Zunächst wird die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 1.7.1990 skizziert, welche für die Neubewertung des zu DDR-Zeiten gebildeten Geldvermögens maßgeblich ist. Anschließend erfolgt eine Darstellung der für die Beurteilung des ostdeutschen Geldvermögensbestands und seiner Verteilung zur Verfügung stehenden Datenquellen. Während hierbei die jährliche Finanzierungsrechnung der Deutschen Bundesbank im Kontext der Geldvermögenshaltung und -bildung sektorale Aussagen ermöglicht, gestatten die als Querschnittserhebungen, in fünfjährigem Turnus durchgeführten Einkommens- und Verbrauchsstichproben - trotz ihrer Untererfassungsproblematik - zumindest tendenzielle Aussagen über die Geldvermögensverteilung in der Bundesrepublik Deutschland.

Auf diesen Grundlagen aufbauend, wird die Haltung, Bildung und Verteilung des privaten Geldvermögens in den alten Bundesländern dargestellt. Die in diesem Zusammenhang gewonnenen Ergebnisse fungierten als Referenzstandard für die Beurteilung der ostdeutschen Geldvermögenshaltung, -bildung und -verteilung.

Konkret sind für Ostdeutschland folgende Erkenntnisse festzuhalten:

- Die nach privatem Geld- und Immobilienvermögen gegliederte Vermögensstruktur ist in Ostdeutschland westdeutschen Verhältnissen zumindest nicht unähnlich. Hierbei ist der ostdeutsche Quotient aus Geld- und Immobilienvermögen etwas höher als in Westdeutschland.
- Der ostdeutsche Geldvermögensbestand der privaten Haushalte macht nur einen Bruchteil des westdeutschen aus. Sein quantitatives Verhältnis zum westdeutschen Wert entspricht vom Niveau her in etwa der westdeutschen Geldvermögensrendite.

¹ Vgl. Offermann 1994, S.96-97.

² im Sinne des - gegenüber den Alternativen des privaten Verbrauchs und des verfügbaren Haushaltseinkommens - umfassendsten Wohlstandsindikators

³ Vgl. Euler 1990, S.798.

- Seit Inkrafttreten der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 1.7.1990 hat sich der Geldvermögensbestand in Ostdeutschland bis 1994 mehr als verdoppelt, von einem Ausgangsniveau in Höhe von 134,5 Mrd. DM auf 272,3 Mrd. DM. Die Veränderung des ostdeutschen Geldvermögensbestandes weist damit in Ostdeutschland - allerdings von einem deutlich geringeren Anfangsniveau ausgehend - ein schnelleres Wachstum als im früheren Bundesgebiet für den betreffenden Zeitraum auf.
- Auch das durchschnittliche (Brutto-)Geldvermögen pro Haushalt hat sich seit 1990 in Ostdeutschland ungefähr verdoppelt, und zwar von ca. 20.000 DM/Haushalt im Jahre 1990 auf etwas mehr als 40.000 DM/Haushalt im Jahre 1994.
- Gemessen als Relation zum verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte, liegt das ostdeutsche Bruttogeldvermögen 1994 bei ca. 92 v. H. und spiegelt somit einen Entwicklungsstand wider, der für die „alte“ Bundesrepublik Deutschland vor ca. 25 bis 30 Jahren typisch war (Wert für die alten Bundesländer 1994 demgegenüber: 215 v. H.).
- Der private Geldvermögensbildungsprozess wird im Osten Deutschlands - analog zu Westdeutschland - vorrangig von der Ersparnisbildung vorangetrieben. Demgegenüber kommt den Vermögensübertragungen - als zweitem Element des volkswirtschaftlichen Postens „Anlagemittel“ - nur eine nachrangige quantitative Relevanz zu. Seit 1992 ist ein Angleichungsprozess der ost- an die westdeutsche Sparquote zu beobachten. Hierbei gilt es allerdings das deutlich niedrigere Einkommensniveau in Ostdeutschland, welches bekanntlich bei der Sparquotenberechnung als Referenzgröße fungiert, im Auge zu behalten.
- In Bezug auf die diversen Anlageformen zeigt sich im Zuge der Geldvermögensbildung in Ostdeutschland eine Tendenz hin zur Anlage in höherverzinslichen Geldvermögensarten. Zwar machen - laut Bundesbank-Finanzierungsrechnung - die Geldvermögensanlagen bei Banken in den neuen Bundesländern immer noch ca. 75 v. H. des dortigen Geldvermögensbestandes aus (gegenüber ca. 42 v. H. in Westdeutschland), die Geldvermögensbildung wird aber zunehmend von den Wertpapieranlagen sowie - in schwächerem Maße - den Versicherungsguthaben „angestoßen“.
- Auch auf Basis der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) 1993 sind markante Divergenzen hinsichtlich der Geldvermögensportfolios zwischen Ost- und Westdeutschland erkennbar. Die bedeutendsten Bestandteile in den neuen Bundesländern sind die Sparguthaben und der Wertpapierbesitz. Dem Versicherungssparen (d.h. in der Regel vor allem dem Lebensversicherungssparen) kommt indes in Ostdeutschland - ganz im Gegensatz zu den alten Bundesländern, wo diese Geldvermögensart die höchste Priorität genießt - lediglich die geringste Portfoliobedeutung zu. Ferner hat das sonstige Geldvermögen (z.B. in Form von Festgeldanlagen) im Osten Deutschlands einen deutlich höheren relativen Stellenwert als in Westdeutschland inne.
- Bei einer Gliederung nach dem Merkmal „sozialer Status der Bezugsperson“ wird grundsätzlich die bereits auf der obersten Gliederungsebene zu beobachtende Geldvermögenszusammensetzung reflektiert. Selbst bei den Selbständigenhaushalten kommt in Ostdeutschland den (Lebens-)Versicherungsguthaben nur eine untergeordnete Relevanz - in Form eines gruppenspezifischen dritten Platzes - zu.

- Im Rahmen derartiger Ost-West-Vergleiche ist das deutlich niedrigere Bruttogeldvermögensniveau in Ost- gegenüber Westdeutschland zu beachten. Bei keiner sozialen Gruppe erreicht der ostdeutsche Durchschnittswert für das Bruttogeldvermögen mehr als die Hälfte des betreffenden westdeutschen Standards. Die höchsten durchschnittlichen Bruttogeldvermögenswerte weisen die Haushalte der Landwirte und der Selbständigen auf, eher mittlere Niveaus sind den Angestellten- und den Beamtenhaushalten zugeordnet, und die niedrigsten Durchschnittswerte haben die Arbeiter-, die Nichterwerbstätigen- und die Arbeitslosenhaushalte inne. Hierbei ist die Streuung der betreffenden Durchschnittswerte zwischen den einzelnen sozialen Gruppen in Ostdeutschland deutlich geringer als im früheren Bundesgebiet. Ferner zeigen sich für alle sozialen Gruppen im Osten Deutschlands höhere Verschuldungsquoten sowie - hiermit einher gehend - niedrigere Nettogeldvermögensanteile am durchschnittlichen Bruttogeldvermögen als in Westdeutschland.
- Wie im Westen Deutschlands korreliert in den neuen Bundesländern das Bruttogeldvermögen positiv mit dem monatlichen Haushaltsnettoeinkommen. Das durchschnittliche Bruttogeldvermögen ist jedoch in Ostdeutschland bei einer Identität der Nettoeinkommensklasse nur etwa halb so hoch wie im Westen Deutschlands.
- Analog zu Westdeutschland zeigt sich im Osten Deutschlands ein (tendenzielles) Absinken der durchschnittlichen Verschuldungsquote mit ansteigendem Alter, so dass sich auch in den neuen Bundesländern eine positive Korrelation zwischen Alter und Nettogeldvermögensanteil am durchschnittlichen Bruttogeldvermögen ergibt. Das durchschnittliche Bruttogeldvermögen erreicht - wie in Westdeutschland - in der Altersklasse „45-54 Jahre“ sein Maximum und ist durch einen umgekehrt u-förmigen Verlauf über die verschiedenen Altersklassen hinweg zu charakterisieren. Hierbei beläuft sich der altersbezogene Durchschnittswert für das Bruttogeldvermögen in Ostdeutschland lediglich auf ca. ein Drittel bis die Hälfte des jeweiligen westdeutschen Vergleichswertes.
- Die diskutierten Durchschnittsbeträge verdecken die nicht unwesentliche Streuung des Geldvermögens. In diesem Zusammenhang indiziert eine Lorenzkurvenbetrachtung eine geringere Streuung des (allerdings nicht bedarfsangepassten) Haushalts-Bruttogeldvermögens in Ostdeutschland gegenüber dem früheren Bundesgebiet. Dieser Befund einer geringeren Ungleichheit in den neuen Bundesländern wird sowohl für das Brutto- als auch das Nettogeldvermögen mittels errechneter Gini-Koeffizienten für beide deutsche Regionen erhärtet. In beiden Teilen Deutschlands ist darüber hinaus die Streuung des Nettogeldvermögens größer als jene des Bruttogeldvermögens. Dieses Ergebnis wird bereits durch den Sachverhalt negativer Nettogeldvermögens-Durchschnittsbeträge in den unteren Vermögensklassen angedeutet.

Nicht wenige der obigen Tatbestände sprechen dafür, dass - bei Berücksichtigung des derzeitigen Entwicklungsstandes des ostdeutschen Wirtschaftsraumes - zukünftig eine Angleichung der Sparquoten ebenso wie eine solche der Struktur der Geldvermögensbildung zwischen West- und Ostdeutschland realistisch sind. Die vermuteten Angleichungsprozesse werden sich allerdings zumindest in einer mittleren Perspektive auf einem deutlich niedrigeren Geldvermögensniveau in Ost- gegenüber Westdeutschland vollziehen.